

Zwei Papiere zum Nachtflug

Flughafen Köln/Bonn: Anträge von der Koalition und von der CDU

VON CLAUD BOELEN-THEILE

Bergisch Gladbach. Nächtlichen Fluglärm von den Maschinen, die vom nahen Flughafen Köln/Bonn kommen, gibt es auch in Bergisch Gladbach. Die Stadt ist in der Fluglärmkommission mit einem Sitz vertreten, Bürgermeister Frank Stein (SPD) vertritt die Interessen der Kreisstadt.

In die nächste Sitzung des Gremiums hat er einen Antrag mitzunehmen, der bei einer Umsetzung deutlich in die Hoheit des Flughafens eingreifen könnte. Mit Mehrheit der Dreierkoalition Grüne, SPD und FDP sowie der BP (und gegen die CDU) heißt es in einem vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschlossenen Papier, dass für Starts und Landungen eine „jährliche Maximalbelastung“ eingeführt werden solle. Gemeint ist damit eine Umrechnung des Nachtfluglärms in Lärmpunkte, die in einer Jahreswertung nicht überschritten werden sollen. Starts und Lan-

dungen sollen sich stärker auf alle drei Bahnen verteilen, die Einführung von Landegebühen verschärft werden. Mit einem Innovationswettbewerb soll der Airport zum leisen und klimafreundlichen Vorzeigeflughafen werden.

„ In Bergisch Gladbach empfinden insbesondere die Bewohner der südlichen Stadtteile den nächtlichen Fluglärm als extrem störend

Aus dem Antrag von Grünen, SPD und FDP

Die Begründung für den Antrag liefern die drei Fraktionen mit. „In Bergisch Gladbach empfinden insbesondere die Bewohner der südlichen Stadtteile entlang der sogenannten Königsforstroute den nächtlichen Flug-

lärm als extrem störend“, führen die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden aus. Alle Möglichkeiten, den Fluglärm zu reduzieren, sollten ausgeschöpft werden. Und dies sollte nicht erst zur Neugestaltung der Betriebsgenehmigung nach 2030 erfolgen. Die formulierten Vorschläge, kurz- bis mittelfristig umzusetzen, sollte aktiv von der Stadt in der Lärmschutzkommission vertreten werden.

Was die Diskussion in der Kreisstadt ausgelöst hatte, war ein Antrag der CDU-Fraktion zum Nachtflug-Thema. Mit Forderungen, die die Mehrheitskoalition ebenfalls stützte, jedoch mit ihrem eigenen Antrag ergänzte. Gefordert wird von der CDU eine umfassende Bürgerbeteiligung im Verfahren zur Verlängerungsbeziehungsweise Veränderung der Nachtflugregelung sowie die Einsetzung eines qualifizierten Gremiums, um die Interessen von Flughafen und Anwohnern auszugleichen. Auch solle der Rat „zeitnah“ über Anträge zur Nachtflugregel-

lung informiert, die Politiker grundsätzlich über die Beratungen der Fluglärmkommission unterrichtet werden. Alles weitere greife in die Hoheit des Flughafens ein, wies CDU-Sprecher Lutz Schade den Antrag der Dreierkoalition zurück. Im Ausschuss fand sich eine breite Mehrheit für das CDU-Papier, auch die drei Koalitionsfraktionen, FWG und BP unterstützten. Die AfD stimmte dagegen. Bürgermeister Stein ist nun gehalten, auch die CDU-Punkte in die nächste Sitzung der Fluglärmkommission mitzunehmen.

Ein Kurzbericht der Verwaltung zur jüngsten Kommissionsitzung ließ im Ausschuss den Blick voraus in den Herbst gehen. Die Mitglieder seien sich einig gewesen, dass das Verfahren zur 2030 auslaufenden Nachtflugregelung transparent und mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen sei. Zitiert wird der Bürgermeister: „Dies soll in der nächsten Sitzung der Kommission im Herbst vertieft diskutiert werden.“